

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Katrin Merkel und Christian Gehring CDU

Binnengrenzkontrollen im Grenzraum Kehl

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Form unterstützt die Polizei Baden-Württemberg seit Mai 2025 die Bundespolizei im Grenzraum Kehl im Zusammenhang mit den intensivierten Grenzkontrollen, insbesondere hinsichtlich Art, Anlass und Umfang des Kräfteinsatzes?
2. Welche Erkenntnisse liegen ihr über die Zahl der seit Mai 2025 im Grenzraum Kehl festgestellten unerlaubten Einreisen bzw. Einreiseversuche vor (bitte nach Staatsbürgerschaft aufschlüsseln)?
3. Welche Erkenntnisse liegen ihr über die Zahl der seit Mai 2025 im Rahmen der Grenzkontrollen im Grenzraum Kehl vollstreckten Haftbefehle, über die Auswirkungen der Grenzkontrollen auf die Aktivitäten grenzüberschreitend agierender Schleuserstrukturen, auf eine etwaige Verlagerung von Fluchtrouten weg vom Grenzabschnitt Kehl sowie zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Eigentums-, Fahrzeug- und Schleusungskriminalität im Ortenaukreis vor?
4. Welcher zusätzliche finanzielle Aufwand ist der Polizei Baden-Württemberg seit Mai 2025 durch die Unterstützung der Bundespolizei bei den Binnengrenzkontrollen im Grenzraum Kehl entstanden?
5. Welche konkreten Beiträge leistet der Informationsaustausch über das Gemeinsame Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit (GZ) Kehl zur Identifizierung von Straftätern und die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität (bitte Darstellung unter Nennung möglicher Optionen, die Zusammenarbeit und die Abläufe ggf. noch zu verbessern)?
6. Welche konkreten Auswirkungen erwartet sie für den Grenzraum Kehl aus der bis Mitte März 2027 vorgesehene Verlängerung der Binnengrenzkontrollen, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz der Polizei Baden-Württemberg, den zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwand sowie die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei?

4.9.2026

Dr. Merkel, Gehring CDU

Begründung

Seit dem 8. Mai 2025 finden an der Grenze zwischen Kehl und Straßburg, insbesondere an der Europabrücke und im Tram-/Bahnverkehr, intensivierte Grenzkontrollen statt. Die Kleine Anfrage dient dazu, auf Basis von Zahlen und Fakten der Landesregierung zu klären, welche Ergebnisse im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung und Migrationssteuerung erzielt wurden, wie sich die Sicherheitslage in der Grenzregion Ortenau dadurch verändert hat und wie sich die Zusammenarbeit der Landespolizei mit den Bundesbehörden vor Ort gestaltet.

Zudem werfen die jüngsten Entwicklungen an der EU-Außengrenze sowie die Ankündigung des Bundesinnenministers Dobrindt, die Binnengrenzkontrollen bis März 2027 fortzuführen, die Frage auf, welche Auswirkungen sich hieraus für Baden-Württemberg und insbesondere für den Grenzraum Kehl ergeben.